

Antrag zum 93. Landeskongress

Antrag 414

93. Landeskongress der Jungen Liberalen NRW
Euskirchen, 11.-12. Mai 2019

Antragsteller: Junge Liberale Westfalen-West, Patrick Guidato, Tim Schütz, Max Möller, Fabian Schefczik, Ralf Keller, Marc Bauer

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der 93. Landeskongress möge beschließen:

1 **Menschenrechte sind nicht verhandelbar - Liberale** 2 **Rüstungsexportpolitik im 21. Jahrhundert**

3 Mit der Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE)
4 bekannten sich 1975 die europäischen Staaten zur Einhaltung elementarer Prinzipien: Neben der
5 Achtung der Souveränität eines jeden Staates und der Unverletzlichkeit von Grenzen bildete das
6 Bekenntnis zur Achtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten das Herzstück der
7 Schlussakte von Helsinki. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass die Bundesrepublik
8 Deutschland maßgeblich dafür Verantwortung trägt, dass sich Menschenrechte und
9 Grundfreiheiten weltweit etablieren und geachtet werden.

10 Die Frage nach Verantwortung kommt insbesondere in den Diskussionen rund um
11 Rüstungsexportlieferungen in Drittländer immer wieder auf. Die Politischen Grundsätze der
12 Bundesregierung aus dem Jahr 2000 in Verbindung mit dem Gemeinsamen Standpunkt der EU
13 aus dem Jahre 2008 bilden ein Kernelement bei der Frage der Genehmigung von
14 Rüstungsexporten. Sowohl in den Grundsätzen von Kriegswaffenexporten auf nationaler Ebene
15 als auch in den Grundsätzen auf EU-Ebene werden hinreichende Kriterien für die Genehmigung
16 von Waffenexporten aufgeführt, die insbesondere

- 17 • die Beachtung von Menschenrechten im Bestimmungs- und Endverbleibsland bei der
- 18 Entscheidung von Rüstungsexporten besonderes Gewicht bemessen
- 19 • eine Ausfuhrgenehmigung verweigern, wenn eindeutig das Risiko besteht, dass
- 20 Militärtechnologie oder Militärgüter zur internen Repressionen bestimmt sind
- 21 • die Achtung des humanitären Völkerrechts fordern.

22 Die Bundesregierung berücksichtigt die vorliegenden Grundsätze für die Genehmigungen der
23 Rüstungsexporte seit etlichen Jahren nur zurückhaltend. An folgenden Beispielen soll dies
24 verdeutlicht werden: Seit 2015 genehmigte die Bundesregierung Rüstungsexportlieferungen im
25 Wert von über 200 Mio. Euro nach Saudi-Arabien. Saudi-Arabien griff 2015 in den Bürgerkrieg
26 im Jemen ein, welcher bis heute andauert und eine der verheerendsten humanitären Krisen der
27 Gegenwart darstellt. Dabei

- 28 • verstößt die Bundesregierung gegen den Grundsatz, in Krisengebiete keine Waffen zu
- 29 liefern.
- 30 • ist bis jetzt immer noch nicht geklärt, ob Saudi-Arabien im Jemen gegen das humanitäre
- 31 Völkerrecht verstoßen hat.

32 Der Mordfall Jamal Khashoggi löste in der Welt Entsetzen aus. Aber nicht erst hieraus wird
33 deutlich, dass das saudische Regime sich weder der Demokratie noch den Menschenrechten
34 zuwendet. Die Inhaftierung des regimekritischen Bloggers Raif Badawi ist nur eine von vielen
35 Verstößen gegen den Grundsatz der Meinungs- und Pressefreiheit. Berichte von
36 Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch untermauern die These, dass es um
37 Menschen- und Grundrechte in Saudi-Arabien nicht gut bestellt ist.

38 In dem jetzigen Zustand eines Regimes wie Saudi-Arabien kann nicht sichergestellt werden,
39 dass gelieferte Waffen letzten Endes nicht doch gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger
40 eingesetzt werden.

41 Die Jungen Liberalen fordern deswegen

- 42 • , dass sich die Bundesregierung nicht nur zu den eigenen Grundsätzen zu
43 Rüstungsexportlieferungen auf nationaler und EU-Ebene zu bekennt, sondern auch ihr
44 Handeln strikt danach ausrichtet. Die Pflicht Leben zu schützen schulden wir nicht den
45 Ländern, sondern den Menschen, die entweder a) in einem Krisengebiet oder b) in einem
46 Unrechtsregime leben.
- 47 • auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass sich sämtliche europäische Partner an
48 die von 2008 beschlossenen Grundsätze für Waffenexporte halten. Insbesondere mit der
49 französischen Regierung muss hier ein Austausch stattfinden, der eine gemeinsame
50 Ausrichtung für Rüstungsexporte klärt und sich grundlegend an den von 2008
51 festgelegten Richtlinien orientiert.
- 52 • auf europäischer Ebene Lösungen für ein Ende des Bürgerkriegs im Jemen zu finden.
53 Anstatt in einem Stellvertreterkrieg bedenkenlos Waffen auszuliefern, muss mit allen
54 Akteuren ein stetiger Austausch stattfinden, Russland und den Iran eingeschlossen.

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 93. Landeskongress am xx in yy.